



Ergebnisse der Armutskonferenz vom 7. Juni 2008

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

„Am Ende des Geldes ist einfach noch zu viel Monat übrig!“

(Volksmund)



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Mit der Armutskonferenz hat die Linksfraktion in Bremen ein Zeichen gesetzt:
So darf es nicht weiter gehen!

Einen Tag haben wir mit Fachleuten, Betroffenen und Experten diskutiert. In neun Arbeitsgruppen ging es um die Wirkungszusammenhänge von sozialer Spaltung, Armut und zerstörten Lebensperspektiven. Es wurden viele Ansätze gefunden, wie hier in Bremen und Bremerhaven eine andere Politik gemacht werden könnte, die Armut bekämpft und wieder Zukunft sichert, anstatt die Betroffenen zu denunzieren. Über 200 Menschen haben an der Konferenz teilgenommen.

Die Politik der etablierten Parteien stellt sich weiter taub. Thilo Sarrazin (SPD), Finanzsenator in Berlin, der Hartz-IV-EmpfängerInnen mit seinen Menü-Vorschlägen die Armut schmackhaft machen wollte, hat schon wieder die nächste „Lösung“ durch die Presse geschickt: Wollpullover gegen steigende Heizkosten! Statt Hilfe erhalten die Betroffenen Zynismus.

DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft wird nicht locker lassen. Aber klar ist: Ohne eine breite, gemeinsame Bewegung und außerparlamentarischen Druck werden wir die Politik der sozialen Ungerechtigkeit nicht umkehren können.



Monique Troedel
Fraktionsvorsitzende

Bremen, im August 2008

Die Bombe tickt

Die soziale Spaltung ist nicht von selbst zum heute drängendsten Problem der Gesellschaft geworden. Sie ist das Ergebnis einer falschen, interessengeleiteten, zynischen Reaktion der Politik auf die Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelten.

Der Systemwechsel in der Sozialpolitik durch die Hartz-Gesetze und die Entregulierung der Arbeitsmärkte – unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder durchgesetzt und von der Großen Koalition unter Merkel verstetigt – stellt eine Politik der Armut auf Kosten der Zukunft dar. Die Absenkung der Sozialleistungen und das Wegschauen vor Niedriglöhnen liefert all jene ans Messer, für deren Integration und Unterstützung der Staat besonders viel tun müsste: Kinder und Jugendliche; Familien mit mehreren Kindern; Alleinerziehende; Familien mit Migrationshintergrund; Beschäftigte im Dienstleistungssektor und in Branchen mit hoher Arbeitsplatzmobilität; und viele andere.

Armut ist eine Zeitbombe, die täglich an vielen einzelnen Stellen losgeht und jene Ressourcen zerstört, die nötig wären, um sie zu bekämpfen: Sozial stärkende Familien und Lebensbeziehungen. Teilhabe durch Bildung und qualifizierte Arbeit. Lebendige, vielfältige und integrierende Stadtteile. Zuversicht, Selbstvertrauen, Gesundheit und Würde. Ein Aufwachen ohne Angst.

Die Große Koalition in Bremen hat die soziale Spaltung von 1995 bis 2007 vorangetrieben: Absenkung und „Deckelung“ der sozialen Hilfen; Abschaffung der sechsjährigen Grundschule; Rücknahme der Dezentralisierung in der Verwaltung; fortgesetzter Personalabbau im öffentlichen Dienst. Der rot-grüne Senat setzt diese verhängnisvolle Politik nun fort und will die Ausgaben für Soziales, Bildung und Beschäftigung weiter senken. 1.000 Arbeitsplätze sollen in den öffentlichen Krankenhäusern vernichtet werden. Von den Menschen, die in den aktuellen Beschäftigungsprogrammen unterkommen, werden viele weniger Geld haben als mit einem Ein-Euro-Job. Für die „Havenwelten“ und die A 281 ist Geld da. Für ein besseres Schulsystem, eine vorsorgende Kinder- und Jugendhilfe, für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit vernünftigen Löhnen hingegen ist angeblich kein Geld da.

Die einen stehn im Dunkeln

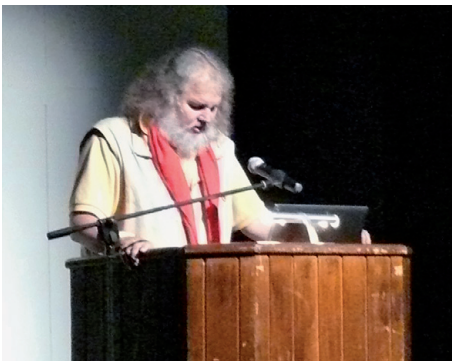
Bertolt Brecht hat es in dem Drama „Die Dreigroschenoper“ auf den Punkt gebracht:

Denn die einen sind im Dunkeln
Und die anderen sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.

Die einen sind im Dunkeln, von Armut gezeichnet. Die anderen, die im Lichte stehen, verfügen über Reichtum. Doch die im Dunkeln sind nicht nur arm, sie können sich auch nicht bemerkbar machen. Sie haben keine Stimme. Die anderen wiederum sind nicht nur reich, sondern haben auch das, was in unserem Logo in der Mitte steht: nämlich Macht. Macht erlaubt ihnen, dass sie sich ins Licht stellen können. Sie sichert, dass auch ihre Kinder wieder im Licht stehen werden. Und sie verhindert, dass die im Dunkeln auch mal ins Licht kommen, ja überhaupt gesehen werden.

In unserem Logo steht hinter der Macht, zwischen Armut und Reichtum, der Euro. Er symbolisiert das erniedrigende Ein-Euro-Job-Zwangssystem, das die darin Gefangenen in Sprachlosigkeit und Dunkelheit belässt. Der Euro steht aber auch für eine Art des Wirtschaftens, der es nicht um Solidarität und Licht, sondern um das Reduzieren von menschlichen Kostenfaktoren geht. Am Ende jeder Bemühung steht allein die Frage: Wie viele Euro Gewinn hat der Einsatz gebracht?

Diese Art des Wirtschaftens nennt man Kapitalismus. Und so lange der Kapitalismus gilt, gilt auch die Devise: Reichtum macht Armut!



*Peter Erlanson
ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der Bremischen Bürgerschaft und
Betriebsrat beim Klinikum Links der
Weser.*

Wer über Armut spricht, darf über Reichtum nicht schweigen

Die heutige Ausprägung von (Kinder-)Armut in der Bundesrepublik ist primär eine negative Folge der Globalisierung bzw. der neoliberalen Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche. Daher kann sie ohne ihr Gegenstück, d. h. den in wenigen Händen konzentrierten Reichtum, nicht verstanden werden.

Wer also über (Kinder-)Armut reden will, sollte auch über den Reichtum nicht schweigen. Um die wachsende Kinderarmut mit Erfolg zu bekämpfen, müssen Reiche stärker zur Kasse gebeten werden, denn eine wirksame Armutsbekämpfung kostet viel Geld. Kinderarmut kann nur durch eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik – mit Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen – beseitigt werden. Nötig ist ein Paradigmenwechsel vom „schlanken“ (wenn nicht magersüchtigen) zum interventionsbereiten Sozialstaat, der gleichzeitig stärker auf die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen von Eltern eingestellt werden muss.

Eine konsequentere Beschäftigungspolitik nutzt alle Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Stellen: von einer Umverteilung der Arbeit durch Überstundenabbau über eine Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, bis hin zu staatlichen Investitionsprogrammen und einem öffentlich geförderten Dienstleistungssektor. Schulen müssen nicht nur länger geöffnet sein, sondern sich auch in ihrer strukturellen Verfasstheit stärker für Kinder und Jugendliche öffnen. Ohne die längst überfällige Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems bleibt die Ganztagschule in Deutschland insofern Stückwerk, als sich nichts an der von PISA offengelegten sozialen Selektivität ändern würde. Politik für Kinder und Jugendliche muss auch Politik von und mit Kindern und Jugendlichen sein. Nur so nimmt man die gegenwärtig wohl am meisten von Armut und Unterversorgung betroffenen Subjekte wirklich ernst.



*Christoph Butterwegge
ist Professor für Politikwissenschaft
an der Universität Köln und Mitglied
der Forschungsstelle für interkulturelle
Studien.*

Bittere Wahrheiten und notwendige Forderungen

Im Januar 2008 erhielten im Land Bremen 98.150 Menschen Leistungen nach Hartz IV; 75.000 davon in Bremen und 23.150 in Bremerhaven. Im Durchschnitt standen pro Bedarfsgemeinschaft 930 Euro zur Verfügung.

Die Armut ist regional stark unterschiedlich verteilt. In Borgfeld sind 1,6 Prozent der Einwohner Hartz-IV-Empfänger, in Tenever 34 Prozent. In der Altersgruppe der 16- bis 19-Jährigen besuchten in Schwachhausen im Jahr 2006 83 Prozent der Jugendlichen das Gymnasium. In Tenever waren es 23 Prozent. In privilegierten Vierteln haben 6,1 Prozent der Kinder bei der Geburt Untergewicht, in benachteiligten Wohnvierteln 8,1 Prozent. Bei der Einschulung leiden in privilegierten Vierteln 7,6 Prozent der Kinder unter Übergewicht, in benachteiligten Wohnvierteln sind es 13,6 Prozent.

Die Anhebung der Regelleistungen nach SGB II, die Einführung eines eigenen Regelsatzes für Kinder, die Wiedereinführung der einmaligen Leistungen und die Anhebung des Kindergeldes wären dringend erforderliche erste Schritte. Die Angebote für Kinder müssen verbessert werden, mit Ganztagsbetreuung und freiem Mittagessen in Kindertagesstätten (KTHs) und Schulen und mit freiem Zugang zu Sport und Kultur. Eine gemeinsame Ganztagschule für alle Kinder bis zur 10. Klasse, eine bessere Verzahnung von KTHs und Schulen und eine individuelle Förderung der Kinder unterbrechen den Kreislauf von sozialer Benachteiligung und schlechterer Bildung.

In der Gesundheitspolitik ist mehr aufsuchende Familienarbeit durch Fachkräfte notwendig. Hartz-IV-Empfänger müssten von Zuzahlungen und Praxisgebühren befreit werden und die Antibabypille kostenlos erhalten können. Migranten ohne Aufenthaltsstatus brauchen einen sicheren Zugang zu medizinischer Versorgung. Mindestlöhne, Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Kindern und Beruf und

langfristige Perspektiven für Langzeitarbeitslose wären notwendige Schritte im Bereich Armut und Arbeit.



*Gerd Wenzel
ist Verbandsratsvorsitzender
des Paritätischen Bremen.*

Armut in Zahlen

- Knapp 11 Mio. Menschen in Deutschland sind arm. Weitere 11 Mio. sind von Armut bedroht. 7,2 Mio. Menschen in Deutschland beziehen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. 1,6 Mio. Menschen sind überschuldet. 1,93 Mio. Kinder leben in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Hinzu kommen Kinder in Sozialhilfehaushalten, Flüchtlingsfamilien und armen Familien ohne Leistungsbezug. Insgesamt sind ca. 3 Mio. Kinder in Deutschland arm, das heißt: jedes vierte Kind.
- 98.150 Menschen in Bremen und Bremerhaven leben von Leistungen nach Hartz IV. Darunter sind auch ca. 12.000 Personen, die trotz Erwerbstätigkeit kein Einkommen erreichen, das zum Leben ausreicht.
- In Bremen-Stadt sind 30 Prozent aller Kinder arm, in Bremerhaven 42 Prozent. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Schwachhausen beträgt 79 Jahre, die in Tenever 71 Jahre. 21 Prozent der Grundschulkinder aus der unteren Einkommensschicht nennen als ihr Bildungsziel das Abitur. In der obersten Einkommensschicht geben 82 Prozent an, das Abitur anzustreben.
- Nur 27 Prozent der Kinder in Deutschland sind der Meinung, dass PolitikerInnen bei ihren Entscheidungen an Kinder denken.
- Kinder aus armen Familien haben weniger Freunde und sind mit ihrem Freundeskreis unzufriedener.
- Für ein Schulkind zwischen sechs und elf Jahren werden in der mittleren Einkommensgruppe durchschnittliche 450 Euro im Monat für Ernährung, Bekleidung, Freizeit ausgegeben. Hartz-IV-Haushalte erhalten für Kinder unter 14 Jahren monatlich 208 Euro. Für Ernährung werden davon 78 Euro veranschlagt, für Bildung 0 Euro.
- In Bremen gehören 32,9 Prozent der Bevölkerung dem untersten Einkommensviertel an. In Bayern und Baden-Württemberg sind es 17,5 Prozent.
- 8.000 Haushalten in Bremen wird jährlich der Strom abgedreht, weil die Rechnungen nicht bezahlt sind. In den Bremer Hochhaussiedlungen sterben von 1.000 lebend geborenen Kindern fast 11 im 1. Lebensjahr. In den bürgerlichen Vierteln sind es 4,5.
- Die durchschnittlichen Jahreseinkünfte der Steuerpflichtigen im Ortsteil Steffensweg betragen 21.420 Euro, in Horn 101.750 Euro. Die Einkommen der ärmeren Schichten in Deutschland sind seit 1992 preisbereinigt um 13 Prozent gesunken. Die Bezüge der Spitzenverdiener sind im selben Zeitraum um mehr als 30 Prozent gestiegen.
- Der Durchschnittslohn ist in Deutschland von 2002 bis 2005 um 5 Prozent gesunken, auf 1.970 Euro brutto. Ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet im „Niedriglohnssektor“, d. h., für weniger als 1.100 Euro brutto. Fast jeder zehnte Vollzeitbeschäftigte verdient weniger als 1.700 Euro brutto. 11 Prozent aller Haushalte müssen mit weniger als 940 Euro im Monat auskommen.
- Kinder von Alleinerziehenden haben ein fünfmal höheres Armutsrisiko.
- Arbeitslosigkeit ist bei Männern ein höheres Gesundheitsrisiko als starkes Übergewicht, Bluthochdruck oder hoher Alkoholkonsum.

- In Deutschland gibt es ca. 800.000 Millionäre. Jedes Jahr kommen weitere 30.000 hinzu. In Europa gibt es ca. 20.000 Multimillionäre, deren Vermögen jeweils mehr als 20 Mio. Euro beträgt. Weltweit sind 53 Trillionen Euro an privatem Reichtum angehäuft.



Wären Einkommen, Arbeitszeit und Besitz gleichmäßig verteilt, dann hätten alle Einwohner der Bundesrepublik ein Erwerbseinkommen von 2.900 Euro brutto. Sie würden 30 Stunden pro Woche Erwerbsarbeit leisten, könnten im eigenen Wohnraum miet- und schuldenfrei leben und hätten 76.000 Euro Anlagekapital, das ihnen monatlich 300 Euro zusätzliche Kapitalrendite verschafft.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Armut und Beschäftigung

Probleme:

- Abbau des Normalarbeitsverhältnisses: Jeder dritte Arbeitnehmer arbeitet in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen, d. h. Teilzeit, Leiharbeit, Minijob, Befristung oder Niedriglohn. Damit wird das Tarifsysteem umgangen und ausgehöhlt.
- Die Löhne sind in den letzten Jahren real gesunken. Der Niedriglohnbereich dehnt sich immer weiter aus.
- Niedrige Entlohnung ist auch die Folge einer ungesicherten Arbeitnehmerposition (kein Kündigungsschutz, keine Betriebszugehörigkeit usw.).
- Druck auf Löhne und Betriebsräte durch Billigkonkurrenz, Benchmarking und Drohung mit Produktionsverlagerung.

Lösungen/Forderungen:

- Einführung eines gesetzlichen einheitlichen Mindestlohns von 8 Euro.
- Begrenzung von Leiharbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ausweitung der Mitwirkungsrechte von Betriebsräten über den Einsatz atypischer Beschäftigungsverhältnisse.



- Ausweitung des Kündigungsschutzes auf alle Betriebe (keine Mindestbeschäftigtenzahl) und alle Beschäftigten (kein Mindestalter). Keine Kündigungen für über 55-Jährige und bei mehr als zehn Jahren Betriebszugehörigkeit. Keine sachgrundlosen Befristungen. Verbot der Massenentlassung in profitablen Betrieben.
- Erhebung einer Verlagerungsabgabe bei Standortwechsel ins Ausland, Rückforderung aller dem Unternehmen gewährten Förderungen. Strenge Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge (Einhaltung von Mindeststandards bei Arbeitsrecht und Löhnen).
- Recht auf berufliche Weiterbildung für alle Beschäftigungsformen, auch für Leiharbeit, Minijobs usw. Mehr präventive Qualifikation im Betrieb.

Armut und Arbeitslosigkeit

Probleme:

- Sanktionen nach SGB II werden zur Normalität und häufig willkürlich ausgesprochen. Das bedeutet: Das Existenzminimum wird weiter (rechtswidrig) gekürzt.
- Die Kosten der Unterkunft (KdU) decken nicht die Kosten des Existenzminimums. Pauschalen bilden die realen Kosten nicht ab (Heizkosten, Wegfall der Einmalzahlungen).
- Paradox: Es gibt immer mehr arme arbeitende Arbeitslose.



Lösungen/Forderungen:

- Das Existenzminimum darf nicht mit Sanktionen belegt werden.
- Bei der Leistungsbemessung muss die individuelle Situation zugrunde gelegt werden. Die realen Heizkosten müssen übernommen, außerplanmäßige Belastungen durch Zusatzzahlungen ausgeglichen werden.
- Gesellschaftlich notwendige Arbeit muss bezahlt werden, auch wenn sie keine Profite abwirft. Sie darf nicht mit unterbezahlten und perspektivlosen „Maßnahmen“ abgesichert werden, sondern mit regulärer, öffentlich bezahlter Beschäftigung.
- Öffentliche Beschäftigungsprogramme müssen gewährleisten, dass Mindestlöhne garantiert sind und dass entsprechend der Tätigkeit angemessen bezahlt wird.
- Profite müssen in deutlich stärkerem Maß zur Finanzierung gesellschaftlicher Kosten herangezogen werden.

Armut und Sozialraum

Probleme:

- ALG II reicht „zum Überleben“, aber nicht annähernd zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum.
- Der Alltag wird dominiert von materieller Armut, die Organisation des Überlebens nimmt breiten Raum ein.
- Die öffentlichen Programme zur Verbesserung der sozial benachteiligten Orte/Sozialräume sind nicht bedarfsdeckend. Die Form (Projektförderung) verunmöglicht kontinuierliche Arbeit und bindet seitens der Träger übermäßig Kräfte.
- Die Stadt beschließt Kürzungen, die freien Träger (z. B. Bürgerhäuser) müssen sehen, wie sie damit klarkommen.
- Die Einsparungen im Kulturbereich lassen kaum Spielräume für kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche.



Lösungen/Forderungen:

- Planungssicherheit für freie Träger durch langfristige Rahmenverträge und institutionelle Förderung, ergänzend zur Projektförderung.
- Kein weiterer Verkauf von öffentlichem Wohnraum, kein Abbau des Wohnungsbestands der Gewoba.
- Zentrale Aufgaben, die derzeit aus Programmen wie WiN, LOS etc. gefördert werden, gehören in die Regelförderung: Schulhof/KiTa-Gestaltung, Täter-Opfer-Ausgleich, Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung, Nachbarschaftshilfe, interkulturelle Angebote, Frauenintegrationsarbeit usw. Dadurch können Programme wie WiN, LOS etc. auf wirklich zusätzliche Maßnahmen, Anschubförderungen, innovative Projekte konzentriert werden.

Armut und Bildung

Probleme:

- Bildungserfolg ist in hohem und zunehmendem Maße vom sozialen Status des Elternhauses abhängig.
- Der Bildungssektor leidet unter den massiven Kürzungen der letzten Jahre. Neue Modelle haben meistens das Ziel, Einsparungen und nicht pädagogische Verbesserungen zu verwirklichen.
- Feste Förderquoten sind nicht bedarfsgerecht. Derzeit können maximal 15 Prozent aller Schulkinder Sprachförderung erhalten; maximal 15 Prozent aller Schulkinder können einen Hortplatz bekommen usw.
- Engagierte Eltern mit hohen Bildungsansprüchen wandern aus den benachteiligten Stadtteilen ab, weil es dort keine ausreichenden Angebote gibt. Die soziale Spaltung verfestigt sich weiter.
- Bildungskosten sind im ALG-II-Satz praktisch nicht berücksichtigt.



Lösungen/Forderungen:

- „Eine Schule für alle“ statt 2-Säulen-Modell,
- pädagogisch sinnvolle Ganztagsbetreuung,
- Abschaffung der festen Förderquoten zugunsten bedarfsgerechter Förderung,
- Entwicklung eines Integrationskonzepts unter Einbeziehung der Sprachförderung,
- benachteiligte Stadtteile müssen besonders gefördert werden,
- bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots an Krippen- und KiTa-Plätzen,
- Erhöhung des Etats der öffentlichen Hochschulen und der Weiterbildungseinrichtungen, keine Privatisierung der Hochschulbildung,
- die Höhe des ALG II muss sich am Bedarf ausrichten und Bildungsausgaben angemessen berücksichtigen.

Armut und Gesundheit

Probleme:

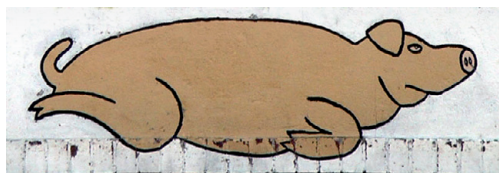
- Lebensbedingungen und Einkommen sind ausschlaggebend für Gesundheit, Erkrankungen und Lebenserwartung. Beratungsstellen berichten, dass sich der Gesundheitszustand von Hartz-IV-Empfängern zunehmend verschlechtert.
- In Bremen führt der Haushaltsnotstand zu einer Gesundheitspolitik der unterlassenen Hilfeleistung. Anstelle bedarfsgerechter Versorgung kann oft nur entschieden werden, ob die Mittel schwerpunktmäßig konzentriert oder alle schlecht versorgt werden.
- Gesundheitliche Verfassung, Schwangerschaft, Fürsorge für Kinder etc. werden

von der Bürokratie der Arbeitslosenverwaltung häufig ausgeblendet und nicht angemessen berücksichtigt.

- Arme und Arbeitslose haben aufgrund eingeschränkter Mobilität häufig keinen Zugang zu Notdiensten, die ohne Auto/Taxi schlecht erreichbar sind. Die Zentralisierung der Notfallambulanzen für Kinder erschwert in gleicher Weise den Zugang für arme Familien.
- Aus Angst vor Arbeitsplatzverlust wird immer häufiger trotz Krankheit gearbeitet.

Lösungen/Forderungen:

- Quartiersorientierte soziale Netzwerke in den Stadtteilen schaffen. Gesundheitsversorgung und Prävention müssen Angebote in unmittelbarer räumlicher Nähe und in der Lebensumgebung der Zielgruppen machen.
- Solidarische Bürgerversicherung für alle kann Unterversorgung beenden und Klassenmedizin überwinden.
- Gesundheit darf nicht der neoliberalen Ökonomisierung unterworfen werden, sondern muss sich am Bedarf ausrichten, angemessene Arbeitsverhältnisse im Gesundheitswesen sichern und sich an der Versorgung der Zielgruppen vor Ort messen, nicht an abstraktem Benchmarking und Profitanforderungen.
- Steigerung der Haushaltseinkommen der unteren Einkommenschichten, freie Gesundheitsversorgung.
- Langzeitarbeitslosigkeit verhindern durch öffentliche und öffentlich geförderte, sinnvolle, angemessen bezahlte Beschäftigung mit individueller Perspektive.
- Selbstorganisation und Selbsthilfe-Initiativen stärken und zu angesehenen Partnern der Gesundheitsfürsorge machen.



Armut und Reichtum

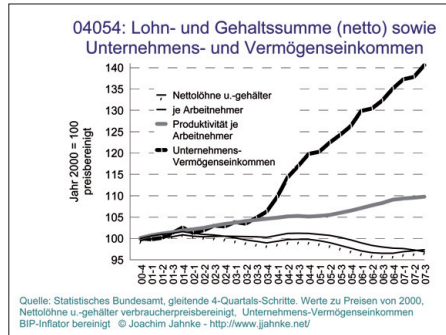
Probleme:

- Soziale Schere: Seit 2003 laufen Unternehmens- und Vermögenseinkommen einerseits und Arbeitnehmerentgelt andererseits zunehmend auseinander.
- Ungleiche Einkommen: Die oberen 15 Prozent der Privathaushalte in Bremen verfügen zusammen über 47 Prozent der Einkommen, die unteren 51,6 Prozent verfügen zusammen über 17,6 Prozent der Einkommen (Stand 2001).
- Niedrige Steuersätze für Spitzenverdiener. 2001 versteuerten 118 Einkommens-Millionäre in Bremen im Durchschnitt 3,4 Mio. Euro im Jahr, d. h., das 100fache Einkommen eines Durchschnittsverdieners (34.000 Euro). Der durchschnittliche Steuersatz der Einkommensmillionäre betrug 38 Prozent. Heute dürfte er, nach den Steuerreformen, beträchtlich niedriger liegen.

- Ungleiche Vermögensverteilung: Die Hälfte der Haushalte in Deutschland besitzt so gut wie kein Vermögen. Das private Nettovermögen von 7,8 Billionen Euro teilen sich die oberen 10 Prozent und die mittleren 40 Prozent zu etwa gleichen Teilen.
- Seit die Vermögenssteuer nicht mehr erhoben wird, gibt es keine verlässlichen Daten zur Vermögensverteilung mehr!

Lösungen/Forderungen:

- Wiedererhebung der Vermögensteuer,
- Erbschaftsteuerreform, die größere Erbschaften höher besteuert und mehr Steuereinnahmen bringt,
- Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung: Sanktionen gegen „Steueroasen“, mehr Personal für die Steuerprüfung bei Unternehmen und hohen Privateinnahmen,
- Einhaltung der Norm der Europäischen Sozialcharta (1960), nach der kein Lohn unter 68 Prozent des nationalen Durchschnitts gezahlt werden soll (das wären für Deutschland ca. 1.340 Euro brutto),
- Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) für alle.



Armut und Alter

Probleme:

- Sinkende Löhne, mehr Teilzeit, mehr Niedriglöhne und höhere Arbeitslosigkeit führen dazu, dass immer mehr Menschen im Alter auf Leistungen nach SGB XII Kap. 4 (Grundsicherung im Alter) angewiesen sein werden. Das betrifft vor allem Frauen.
- Wer 1.200 Euro brutto verdient, muss 58 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um eine Rente von 627 Euro zu erhalten. Ab 2030 wären dafür sogar 73 Jahre Einzahlung nötig.
- ALG-II-Empfänger erwerben während der Arbeitslosigkeit keine weiteren Rentenansprüche, Menschen in Mini-Jobs so gut wie keine. Eine steigende Zahl prekärer Selbstständiger („Soloselbstständige“) kann sich keine hinreichende private Altersvorsorge leisten. Frauen, die längere Zeit keiner oder nur gering entlohnter Erwerbstätigkeit nachgehen, bräuchten danach utopisch hohe Löhne, um im Alter unabhängig zu sein.
- Viele Erwerbstätige ab 50 finden bei Arbeitslosigkeit keine neue Stellung mehr.
- In Zukunft werden in Bremen sehr viel mehr Menschen leben, die älter als 65 sind. Weder der Wohnungsbestand noch die städtische Infrastruktur, noch die Dienstleistungsangebote sind darauf auch nur annähernd eingestellt.

Lösungen/Forderungen:

- Reform des Rentensystems, z. B.: Mindestanwartschaften (Erwerb von mindestens 0,5 Rentenpunkten auch bei geringer Entlohnung), höhere Zahlungen für ALG-II-Empfänger, stärkere Anerkennung von Erziehungs- und Ausbildungszeiten, solidarische Rentenversicherung für alle Einkommensarten,
- Reform des Arbeitssystems, z. B.: uneingeschränkte Sozialversicherungsleistungen auch für Minijobs, gesetzliche Mindestlöhne, bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und höherem Alter, mehr Beschäftigungsprogramme für über 50-Jährige.
- Reform des sozialen Sicherungssystems, z. B.: Mindestrente oder Bedingungsloses Grundeinkommen.
- Kommunale Investitionen in einen generationengerechten Wohnungsbau bzw. Renovierung der Altbauten, Förderung von gemeinsamem Wohnen im Alter.
- Dezentralisierung von Pflegestationen, sozialen Angeboten, der Verwaltung, der Kulturangebote. Senioren brauchen Angebote in räumlicher Nähe!



Armut und Frauen

Probleme:

- Abhängigkeit von verlässlicher Kinderbetreuung,
- Benachteiligung durch Arbeitsstrukturen, unzureichende Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern,
- unzureichender Zugang zu höheren Lohngruppen, systematische Schlechterbezahlung von Branchen und Berufen, in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten (z. B. soziale Berufe, fürsorgende Tätigkeiten),
- Frauen werden bei vielen gesetzlichen Regelungen „vergessen“ (z. B. ist Schwangerschaft während der Existenzgründung nicht vorgesehen).



Lösungen/Forderungen:

- Arbeitszeitverkürzung, Neujustierung des Normalarbeitsverhältnisses, vielfältige Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern,
- ausreichende Grundsicherung für alle (z. B. Mindestlohn, Mindestrente, Grundeinkommen),

- Eigenständigkeit der sozialen und Alterssicherung (Abschaffung des Ehegattensplittings und der Steuerklasse 5, Abschaffung der „Bedarfsgemeinschaften“ im SGB II, Höherwertung von Erziehungszeiten),
- diskriminierungsfreie und qualifikationsgerechte Entlohnung,
- Umverteilung der Familienarbeit: Männer müssen den gleichen Anteil übernehmen!

Armut und Flüchtlinge

Probleme:

- Seit der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl und der Abschottung der europäischen Grenzen sind die Asylanträge um 98 Prozent zurückgegangen. Ca. 1 Prozent der Anträge wird anerkannt.
- Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden wichtige medizinische Leistungen nicht bezahlt. Menschen ohne Papiere haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne Abschiebung zu riskieren. Frauen haben häufig keinen eigenständigen Aufenthaltsstatus, müssen also z. B. im Fall von Scheidung mit Abschiebung rechnen.
- Der staatliche Umgang mit Flüchtlingen ist weiterhin von Willkür und Rassismus geprägt.



Lösungen/Forderungen:

- Abschiebestopp für Bremen. Einstellung der Widerrufverfahren gegen Menschen aus Kurdistan, Afghanistan und Jugoslawien.
- Abschaffung der Meldepflicht für öffentliche Stellen. Aufnahme aller Menschen in das medizinische Versorgungssystem, ohne Risiko von Abschiebung.
- Stopp rassistischer Polizeikontrollen.
- Sozialstandards für Einkäufe öffentlicher Stellen, also kein Einkauf von Waren, die unter Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten in Ländern außerhalb Europas hergestellt werden.
- Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für Ausländer und Flüchtlinge. Abschaffung der Residenzpflicht.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE zur Armutsbekämpfung

- Antrag „Stopp der Zwangsumzüge“ (06/2007). Dazu Aktuelle Stunde zum Gewos-Gutachten (09/2007) und Anträge in der Sozialdeputation (Erhöhung der Mietobergrenzen, Übernahme der tatsächlichen Heizkosten usw.) (09/2007).
- Antrag auf Einführung eines Sozialtickets (10/2007).
- Antrag zur Verbesserung der Jugendhilfe (10/2007).
- Anträge auf Einmalzahlungen für Hartz-IV-Empfänger (Schulerstausstattung, Weihnachtsgeld) (09/2007 und 11/2007).
- Hauptamtliche Streetworker in Bremen. Kleine Anfrage (11/2007)
- Kinderarmut im Land Bremen. Kleine Anfrage (03/2008).
- Haushaltsverhandlungen: Vorlage eines „Minimalprogramms“ in Form von 42 Einzelanträgen, die sich schwerpunktmäßig auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung beziehen (u. a. Rücknahme von Kürzungen für Initiativen und Stadtteilprogramme, Ausbau der pädagogischen Betreuung und der sozialen Hilfen, Einstieg in öffentlich geförderten Beschäftigungssektor) (03/2008).
- Sanktionen nach SGB II in Bremen und Bremerhaven. Große Anfrage (04/2008).
- Drohende Altersarmut in Bremen. Kleine Anfrage (04/2008).
- Sachstandbericht zur Einführung eines Sozialtickets. Große Anfrage (05/2008).
- Antrag „Masterplan Armutsbekämpfung“ (06/2008; Debatte in der Bürgerschaft im September 2008).
- Berichtsbite in der Arbeitsdeputation zur Lohnsituation im Beschäftigungsprogramm „Bremen produktiv“ (06/2008).
- Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen. Große Anfrage (08/2008).
- Finanzielle Situation der Kinder- und Jugendhilfe. Kleine Anfrage (08/2008).
- Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Bremen. Kleine Anfrage (i.V.).
- Wohnungszustände in der Stadtgemeinde Bremen. Kleine Anfrage (i.V.).
- Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss. Kleine Anfrage (i.V.).

Wem das nicht reicht ...

Die Arbeit der Workshops auf der Armutskonferenz wird von folgenden Arbeitsgruppen weitergeführt:

- AG Soziales,
- AG Gesundheit,
- AG Arbeitsmarkt und prekäre Beschäftigung,
- AG Betrieb und Gewerkschaften,
- AG Bildungspolitik,
- AG Beraten und Begleiten,
- AG Sozialticket,
- AG Umwelt, Stadtentwicklung, und Energie,
- AG Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE).

AnsprechpartnerInnen, E-Mail-Kontakt, Materialien und Termine sind auf folgender Webseite zu finden:

www.dielinke-bremen.de/politik/arbeitsgruppen.

Die Vorträge von Peter Erlanson, Christoph Butterwegge und Gerd Wenzel sind im Volltext sowie als Video auf der Webseite der Armutskonferenz zu finden: www.armutskonferenz-bremen.de. Dort gibt es auch einen Kurzfilm über die Konferenz. Unter dem Link „Armut und Dokumente“ sind verschiedene Materialien zur Armutsdebatte eingestellt oder verlinkt.



Wir danken allen, die durch ihre Arbeit, ihre Beiträge, ihre Unterstützung und ihr Kommen dazu beigetragen haben, die Armutskonferenz zu einem Auftakt weiterer politischer Initiativen gegen die Armut zu machen!



DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon: 0421 205297-0
Telefax: 0421 205297-10
mail@linksfraktion-bremen.de
www.linksfraktion-bremen.de
www.armutskonferenz-bremen.de
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt